Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/8277

25. 10. 90

Antrag

der Abgeordneten Frau Kelly und der Fraktion DIE GRÜNEN/Bündnis 90

Keine Aufhebung der 1989 beschlossenen Deckungssperre für Hermes-Bürgschaften gegenüber der VR China

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag beobachtet mit Sorge die immer noch andauernde Unterdrückung jeder politischen Opposition in der VR China, die fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen und die von anerkannten Menschenrechtsorganisationen gemeldete Hinrichtungswelle.

Der Deutsche Bundestag sieht in der VR China leider noch keine Anzeichen für eine Abkehr vom blutigen Unterdrückungskurs, wie er bei der Niedermetzelung der gewaltfreien Demokratiebewegung im Juni 1989 und in der anschließenden Verfolgung ihrer Mitglieder aller Welt erkennbar geworden ist.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf, bekanntgewordene Pläne zur baldigen Aufhebung der 1989 beschlossenen Deckungssperre für Hermes-Bürgschaften gegenüber der VR China nicht weiterzuverfolgen.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Überzeugung, daß eine Aufhebung dieser Deckungssperre und eine Rückkehr zu normalen, internationalen Gepflogenheiten entsprechenden Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zur VR China noch nicht in Frage kommen kann.

Auch das beträchtliche Volumen des Handels zwischen der DDR und der VR China kann kein Grund sein, die Bundesregierung nach der Vereinigung beider deutscher Staaten zu einer Änderung ihrer Haltung gegenüber der VR China zu veranlassen.

Der Deutsche Bundestag weist mit Nachdruck darauf hin, daß eine solche Änderung erst in Frage kommen kann, wenn in der VR China die politische Opposition nicht länger unterdrückt wird und die allgemeinen Menschenrechte respektiert werden.

Bonn, den 25. Oktober 1990

Frau Kelly
Frau Birthler, Hoss, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Die Unterdrückung jeder politischen Opposition, deren schrecklichen Höhepunkt die Niedermetzelung der gewaltfreien Demokratiebewegung im Juni 1989 gebildet hat, dauert in der VR China immer noch an. Anzeichen für eine Änderung dieser Lage sind nicht erkennbar. Internationale Menschenrechtsorganisationen wie z. B. amnesty international (ai) berichten von anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und einer Zunahme vollstreckter Todesstrafen in diesem Jahr. Wie chinesische Zeitungen amtlich meldeten, sind vor Beginn der Asienspiele an einem einzigen Tag 64 Todesurteile vollstreckt worden. Nach Angaben von ai fanden in China allein in diesem Jahr über 500 Hinrichtungen statt.

Die Aufrechterhaltung aller 1989 unter dem Eindruck des Massakers in Peking beschlossenen Einschränkungen im Handel mit China ist daher ein Gebot der Selbstachtung aller auf die Garantie der Menschenrechte und die Entwicklung demokratischer Verhältnisse hinwirkenden Staaten. Alle Pläne zum Abbau beschlossener Handelsbeschränkungen, wie sie zur Zeit von der Bundesregierung erwogen werden, müssen als Sabotage an dem Bemühen verstanden werden, die VR China in jeder nur möglichen Weise zur Aufgabe ihrer Unterdrückungspolitik und zur Duldung demokratischer Entwicklungsprozesse zu veranlassen.

Gerade ein in der Welt um Vertrauen in seine demokratische Zuverlässigkeit werbendes Gesamtdeutschland darf nicht Geschäftsinteressen über das prinzipielle Eintreten für Demokratie und Menschenrechte stellen.

Die Bundesregierung ist daher aufzufordern, die Pläne zur Aufweichung der China betreffenden Beschlüsse von 1989 nicht weiterzuverfolgen und eine Lockerung der Deckungssperre für Hermes-Bürgschaften gegenüber der VR China nicht ins Auge zu fassen.

Auch die Haltung der VR China in der Golf-Krise kann kein Anlaß sein, die gesellschaftliche Lage in China zu ignorieren und als „Honorierung" der chinesischen Verurteilung des Irak innerchinesische Menschenrechtsverletzungen zu negieren.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333